

Entschließungsantrag

des Burgenländischen Landtages vom 24. Februar 2022 betreffend dringend notwendiger Wertschätzung für unsere Polizei

Die Polizei ist der Garant für die Sicherheit in unserem Land, auch in Zeiten der Pandemie. Dabei sind Polizist*innen in ihrer beruflichen Tätigkeit seit fast zwei Jahren in besonderer Weise von Covid-19 betroffen, denn die Aufgaben waren vielfältig und häufig mehr als herausfordernd.

Das Burgenland ist in der Migrationsthematik besonders betroffen. Knapp 20.000 Menschen aus unterschiedlichsten Herkunftsländern wurden im Jahr 2021 an der burgenländischen Grenze aufgegriffen. Zudem wurden in diesem Zusammenhang zwei tote Menschen aufgefunden. Insgesamt wurden 170 Fälle im Zusammenhang mit Schlepperei bearbeitet. Für die Erledigung dieser Tätigkeiten und der standardisierten Polizeiarbeit fehlen derzeit mindestens 150 Polizisten*innen. Durch die angeordnete Verrichtung von Streifen­tätigkeit auf ungarischem Staatsgebiet wird die Personalmisere noch weiter verschärft.

Neben der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit auch während der Lockdowns, belastet die regelmäßige Beaufsichtigung von seitens der Impfgegner*innen abgehaltenen Demonstrationen die personellen Ressourcen der Polizei zusätzlich. Abseits davon bekam die Polizei auch die Kontrolle und Durchsetzung von Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung übertragen, und dass obwohl Opposition, Gewerkschaft und teilweise auch Verfassungsjurist*innen scharf dagegen protestierten und auf eine mögliche Überlastung der Exekutivbeamt*innen hinwiesen.

Die Beamt*innen können zudem nicht sicher sein, im Rahmen ihrer Berufsausübung nicht mit erkrankten oder infizierten Personen in Kontakt zu kommen, ohne es zu wissen – beispielsweise bei Amtshandlungen im privaten oder öffentlichen Raum, aber auch beim Parteienverkehr auf den Dienststellen.

Trotz des täglichen Einsatzes blieb den Polizist*innen der schon vom damaligen Innenminister und heutigen Bundeskanzler Nehammer versprochene Covid-19-Bonus bis heute verwehrt. Auch der neue Bundesminister für Innere Angelegenheiten, Gerhard Karner, konnte oder wollte bislang nicht beantworten, ob, wann und in welcher Höhe es diesen Bonus geben soll.

Doch damit nicht genug, sind weitere Forderungen der Gewerkschaft bis jetzt nicht umgesetzt. Ein Beispiel findet sich in der Absicherung von Polizist*innen bei Dienstunfällen, die sie vor der Definitivstellung von vier Jahren erlitten haben. Das bedeutet, dass Dienstunfälle, im Falle einer Dienstunfähigkeit auch zur Kündigung führen können, was mit Blick auf die gesteigerte Bedrohung der Einsatzfähigkeit,

beispielsweise durch Angriffe auf Polizist*innen, ein Problem für die Existenz der Beamt*innen darstellt.

Auch bei längeren Abwesenheiten vom Dienst gibt es Schieflagen. So ruhen pauschalierte Nebengebühren bei Abwesenheiten von mehr als vier Wochen mit entsprechenden Auswirkungen auf das Einkommen der Beamt*innen. Das ist vor allem mit Blick auf die Freistellung als Teil der Risikogruppe oder aber auch für den Fall einer Quarantäne ein Problem. Zudem mussten auf Grund der Dienstverpflichtung Urlaube storniert werden. Die Stornokosten blieben zwar nicht bei den einzelnen Beamt*innen hängen, wurden aber wie lohnsteuerpflichtiger Arbeitslohn behandelt und gerieten somit zum Nachteil für die Betroffenen.

Gerade in dieser außergewöhnlichen Situation braucht es also entsprechenden Einsatz, um die Polizist*innen bei der Ausübung ihrer Arbeit zu unterstützen und ihnen vor allem auch die Wertschätzung für ihren wichtigen Dienst zuzuerkennen. Zudem muss gewährleistet sein, dass sie keine Nachteile auf Grund einer Dienstfreistellung haben, für die sie nichts können.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bundesminister für Inneres sowie an den Bundesminister für Finanzen heranzutreten und diese aufzufordern, umgehend Schritte zu setzen, um den in Aussicht gestellten Covid-19-Bonus für die Polizist*innen so rasch als möglich auszubezahlen. Zudem wird der Bundesminister für Inneres aufgefordert, dem Nationalrat umgehend Vorlagen zuzuleiten, um die Nachteile bei Dienstunfällen vor der Definitivstellung und den Ausfall von pauschalierten Nebengebühren zu verhindern. Zudem soll seitens des Bundesministers für Inneres sichergestellt werden, dass den Polizist*innen keine finanziellen Nachteile entstehen, wenn sie ihre Urlaube aus dienstlichen Gründen stornieren.